

PRESSESCHAU

Land Bremen

Dezember 2024

Kirchenasyl unter dem Radarschirm

Auch in Bremerhaven beanspruchen viele Flüchtlinge Kirchenasyl - Hitzige Bürgerschaftsdebatte

VON KLAUS MÜNDELEIN

Bremerhaven. Nachdem Innenminister Ulrich Mäurer (SPD) einen Asylbewerber aus dem Kirchenasyl herausgeholt und abschieben wollte, wird eine hitzige Debatte geführt. Der Fokus liegt auf Bremen, aber auch in Bremerhaven gewähren Kirchen vielen Flüchtlingen Asyl.

In der Bürgerschaftsdebatte zum Thema Kirchenasyl ging es am Mittwoch hoch her. Befürworter und Kritiker beharrten sich. In Bremerhaven ist das Thema bislang eher unter dem Radarschirm geblieben. Aber die Zahlen sind auch hier gestiegen. Seit der Druck durch die neuen Maßnahmen zur schnelleren Abschiebung der Bundesregierung gestiegen ist, gibt es in Bremerhaven mehr Anfragen auf Kirchenasyl, sagt Pastor Sebastian Ritter von der evangelisch-lutherischen Johanneskirchengemeinde. Es ist so viel geworden, dass wir am Limit angekommen ist, sagt er. „Ich habe etliche Foltergeschichten gehört“, sagt er. Und zwar Folter-

geschichten aus Europa.

„Täglich haben 15 Menschen angefragt“, sagt Ritter. Und im Sommer habe es über 30 Fälle gegeben. Fünf Bremerhavener Gemeinden nehmen Flüchtlinge im Kirchenasyl auf. Insgesamt seien es bereits 70 Fälle in diesem Jahr gewesen. Dabei müssen Dossiers für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verfasst werden, in denen das Kirchenasyl begründet wird. Es geht zumeist um Kurden aus dem Norden Syriens. Und es geht fast immer um Menschen, die in einem anderen Land in Europa Erstaufnahme gefunden haben. Deshalb sollen sie dorthin wieder gemäß Dublin-Abkommen zurückgeschickt werden. Aber die Bedingungen dort, so Pastor Ritter, seien oft unmenschlich.

Es geht um die Lage von Asylbewerbern in Rumänien, Bulgarien oder Kroatien. 24 Menschen würden in einem Raum gepfercht, jedem Einzelnen verbleibe 2 Quadratmeter Platz. Er weiß von Essensmangel, von kärglichen Rationen mit Wasser und Brot, und von Eintopf mit Schweinefleisch, das absichtlich Moslems gereicht wird, denen religiöse Vorschriften solches

Essen verbieten. Also hungern sie. Es werde regelmäßig geschlagen. Die Arbeitsbelastung sei für die Gemeinden hoch. Und auch die Berichte über das Schicksal der Asylbewerber seien belastend.

Weder die Stadt noch das Innenressort weiß von der Anzahl der Kirchenasyl-Ersuchen in Bremerhaven. Das liege daran, dass viele Antragsteller in anderen Städten gemeldet sind und hier in Bremerhaven bei Bekannten unterkommen. Das Bürger- und Ordnungsamt geht bislang davon aus, dass es solche Fälle mit Asylbewerbern aus Nordrhein-Westfalen nur gelegentlich gibt. Das Innenressort weiß von einem Fall im vergangenen Jahr. In diesem Jahr gebe es keinen Fall, heißt es dort. Bei Pastor Ritter stehen hingen inzwischen 150 Personen auf der Warteliste. Etlichen muss er schweren Herzens absagen.

Dass das Innenressort nicht richtig im Bilde ist, gab in der Bürgerschaftsdebatte der Innenminister zu. „Ich war immer davon ausgegangen, dass wir so 60 Fälle von Kirchenasyl haben“, sagte Mäurer. Auf der Innenministerkonferenz habe er erfahren, dass es mehr als 200 Fälle

seien. Er konnte sich erst mit Verspätung in die Debatte einschalten. Als er ans Rednerpult ging, wurden auf den Zuschauerrängen Transparente ausgerollt und Protestparolen skandiert. Die Bürgerschaftspräsidentin unterbrach daraufhin die Sitzung und drohte den Zuschauern an, sie entfernen zu lassen.

Grüne und Linke attackieren den Senator

Mit Ermahnungen musste sie auch während der an Zwischenrufen reichen Debatte eingreifen. Dass Mäurer inzwischen zum Buhmann der Koalitionspartner von Grünen und Linken geworden ist, wurde deutlich. „Wenn der Bruch des Kirchenasyls machbar ist, dann ist alles machbar“, sagte Sofia Leonidakis (Linke). „Aber so ein Dammbrech passt in keiner Weise zur Migrationspolitik einer rot-grün-roten Regierung“, warnte sie. Und Henrike Müller (Grüne) machte klar: „Meine Fraktion lehnt Abschiebungen aus dem Kirchenasyl ab.“ Sie warf der FDP vor, den Rechtsstaat wie eine Monstranz vor sich herzutragen. „Man muss schon sehr blind sein, um nicht zu sehen,

wie viele Fehler der Rechtsstaat in Europa bereits begangen hat“, sagte sie.

Die Vertreter von CDU, FDP und Bündnis Deutschland (BD) hoben hervor, dass auch die Kirchen nicht über dem Rechtsstaat stehen und dass das Kirchenasyl nur eine Ausnahme darstellen dürfe. Das sei in der Vereinbarung zwischen dem BAMF und den Kirchen von 2015 auch klar geregelt worden. Da sei nun etwas ins Rutschen geraten. „Das Kirchenasyl darf nicht inflationär zur Gewohnheit werden“,

mahnnte Frank Imhoff (CDU). Julia Tiedemann (BD) sah bei dem Tabubruch nicht den Senator, sondern Linksaktivisten am Werk, die sich aus moralischen Gründen zum Widerstand berechtigt sehen. Und Marcel Schröder (FDP) sieht angesichts der Fülle der Fälle das Gewaltmonopol des Staates in Gefahr.

Mäurer machte klar, dass es beim Kirchenasyl fast ausschließlich um Fälle von Rückführungen in ein EU-Land gehe, wo der Asylantrag gestellt worden sei. Es gehe nicht um die Rückkehr in Kriegs- oder Terrorstaaten. Er werde nun die hohen Fallzahlen analysieren und das Gespräch mit den Kirchen suchen.

03.12. „Was ist mit dem Kirchenasyl?“
buten un binnen

Was sagen Befürworter und Kritiker?

Die Kirchen berufen sich auf eine lange Schutztradition sowie das grundgesetzlich verankerte Recht auf Schutz von Menschenwürde, Freiheit und körperlicher Unversehrtheit. „Gemeinden, die Kirchenasyl gewähren, treten für Menschen ein, denen durch eine Abschiebung Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit drohen, oder für die mit einer Abschiebung nicht hinnehmbare Härten verbunden sind“, heißt es von der Arbeitsgemeinschaft „Asyl in der Kirche“.

Die Fraktionsvorsitzende der Bremer Grünen Henrike Müller verteidigte im aktuellen Fall das Kirchenasyl und forderte die Behörden auf, es zu respektieren.

„Das Kirchenasyl wird missbraucht, um geltendes Recht auszuhebeln“, kritisierte Jan Timke, Vorsitzender der Bremer Bürgerschaftsfraktion von Bündnis Deutschland. Der Senat solle gegen solche Fälle konsequent vorgehen.

2015 betonte der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), keine Institution stehe über dem deutschen Recht – auch nicht die Kirchen. Die AfD bezeichnet Kirchenasyl generell als rechtswidrig und fordert die Abschaffung.

04.12.
„Kirchenasyl“
WESER-KURIER

Wie fallen die Reaktionen aus?

Auf den Polizeieinsatz folgte ein lautes politisches Echo. Mit Ausnahme der SPD kommentieren alle Bürgerschaftsfraktionen den gescheiterten Abschiebeversuch. Laut Henrike Müller, Fraktionsvorsitzende der Grünen, bestand lange politisches Einvernehmen darüber, dass das Kirchenasyl ein schützenswertes Gut ist. „Dass dieses Einvernehmen nun ein ums andere Mal, jetzt auch in Bremen, aufgekündigt und Menschen im Kirchenasyl nachts aus den Kirchen gezerrt werden, ist ein Tabubruch in der bisherigen humanitären Aufnahmepolitik Bremens.“

Für die Linksfraktion äußerten sich die Vorsitzenden Sofia Leonidakis und Nelson Janßen in einem gemeinsamen Statement. Das Kirchenasyl sei eine Institution, dessen Geschichte auch auf den Erfahrungen der NS-Zeit beruhe. „Die versuchte Abschiebung ist ein Bruch mit dieser Institution, eine Missachtung religiöser Stätten und entspricht nicht der humanitären Migrationspolitik, der wir uns als rot-grün-rote Regierung verschrieben haben.“

Die FDP verwies hingegen darauf, dass das Kirchenasyl keine rechtliche Grundlage hat und somit kein Asyl im Rechtssinne ist. „Eine vom Recht losgelöste Parallelstruktur wie das Kirchenasyl untergräbt daher das staatliche Gewaltmonopol“, argumentierte der innenpolitische Sprecher Marcel Schröder. Ähnlich äußerte sich BD-Vorsitzender Jan Timke: „Das Kirchenasyl wird missbraucht, um geltendes Recht auszuhebeln.“

CDU-Vorsitzender Frank Imhoff betonte, dass das Kirchenasyl Ausdruck einer christ-

lich-humanitären Tradition sei. Dennoch seien Kirchen keine rechtsfreien Räume. „Kirchenasyl ist für mich dann akzeptabel, wenn die vereinbarten Regeln eingehalten werden und es als seltene Ausnahme praktiziert wird“, teilte Imhoff mit. Polizeikräfte in Kirchenräumen einzusetzen, müsse die absolute Ausnahme bleiben.

Kommentar Seite 2

06.12. „Lob für Charlet“
NORDSEE-ZEITUNG

Jan Timke vom Bündnis Deutschland sagte bei seiner Wortmeldung vor der Wahl, dass seine Fraktion den Kandi-

daten Charlet wählen wird. Dieser habe mit seiner beeindruckenden Vita gegläntzt und zudem die überzeugendste Vorstellung geliefert. Zugleich kritisierte er seine vorherige Bekanntgabe durch die CDU. Das habe dazu geführt, dass sich andere Kandidaten aus dem Bewerberverfahren zurückgezogen hätten. So sei eine Bestenauslese nicht gewährleistet gewesen.

07.12. NORDSEE-ZEITUNG

Gegen mehr Tempo 30 in Bremerhaven

Stadt tritt bundesweitem Bündnis für angepasste Geschwindigkeiten nicht bei

VON JENS GEHRKE

Bremerhaven. Mehr Tempo 30 ist in Bremerhaven nicht gewünscht. Ein Antrag der Grünen, einem Städte-Bündnis für angepasste Geschwindigkeiten beizutreten, wurde abgelehnt.

Vor dreieinhalb Jahren hat sich ein Städtebündnis gegründet, das sich dafür einsetzt, dass Kommunen mehr Tempo 30 ausweisen dürfen. Mehr als 1.100 Städte und Gemeinden sind beigetreten - von Aachen bis Ulm. Inzwischen ist im Herbst eine neue Straßenverkehrsordnung in Kraft getreten, die Kommunen das erlaubt.

Dennoch wurde im politischen Raum noch einmal die Frage diskutiert, ob Bremerhaven dem Bündnis beitreten sollte - auch als Symbol dafür, dass Städte nicht nur auf den Autoverkehr ausgerichtet sein sollen. Den Antrag haben die Grü-



Ein Schild weist auf Tempo 30 hin: In Bremerhaven soll das Limit nicht flächendeckend eingeführt werden Foto: Gollnow/dpa

nen eingebracht, er wurde von den Linken unterstützt. Grünen-Fraktionschef Claudius Ka-

miniärz und Linken-Fraktionschef Muhlis Kocaağa erklärten, welche Vorteile es habe, wenn eine Stadt wie Bremerhaven noch mehr auf Tempo 30 setze: „Weniger Stress, es wird leiser und die Luft wird sauberer.“ Die Stadt werde wieder lebenswerter für jene, die dort wohnen, und der Straßenverkehr sicherer. Umweltfreundlicher seien geringere Geschwindigkeiten ebenfalls.

FDP befürchtet Gängelung der Autofahrer

FDP, AfD, Bündnis Deutschland und einige Einzelabgeordnete machten deutlich, dass sie wenig von der Idee halten - und die FDP-Koalitionspartner SPD und CDU schlossen sich an. Mehr Tempo 30 werde nicht gewünscht. Der Antrag wurde abgelehnt. FDP-Politiker Bernd Freemann warf den Grünen vor, ein Problem mit Autofahrern und Menschen, die ein

Haus bauen wollen, zu haben.

Mehr als 90 Prozent der Straßen in Bremerhaven seien doch schon mit verringerten Geschwindigkeiten ausgewiesen, erklärte Freemann. Tempo 30 auch auf Hauptstraßen werde dazu führen, dass sich Verkehr in Wohngebiete verlagere, und das sei nicht wünschenswert. Auch die Einzelabgeordneten Sven Lichtenfeld und Sascha Schuster machten deutlich, dass es einen reibungslosen Verkehrsfluss in den Hafen brauche, und nicht mehr Tempo 30, was nur zu Frust bei Autofahrern führe. „Der Antrag ist sinnlos und ideologisch“, so Lichtenfeld. AfD-Politiker Thomas Jürgewitz forderte, nicht auf geringere Geschwindigkeiten, sondern stellenweise auf höhere in Bremerhaven zu setzen. Tempo 70 auch innerorts sei auf der ehemaligen B6 eine Überlegung wert.

09.12. NORDSEE-ZEITUNG

Bündnis Deutschland
**Blutspenden im
Stadtparlament:
Idee abgelehnt**

Bremerhaven. Blutspenden sind lebenswichtig für viele Menschen, doch die Spenderzahl ist rückläufig. Daher schlug Julia Tiedemann von Bündnis Deutschland (BD) vor, mit einem besonderen Blutspende-Aktionstag zu werben, bei dem das Stadtparlament eingebunden wird. Sie verwies darauf, dass jüngst ein BD-Fraktionsmitglied auf Blutspenden angewiesen gewesen sei. Es stellte sich heraus, dass die Politik zwar über alle Fraktionen hinweg Blutspenden gutheißt, den Antrag auf den Aktionstag im Stadtparlament allerdings ablehnte. Die Koalition hielt BD vor, das Thema politisch

mit einer „Showveranstaltung“ für sich nutzen zu wollen, während BD im Gegenteil der Koalition aus SPD, CDU und FDP vorwarf, nur aus politischen Gründen gegen den Antrag zu stimmen. Schließlich stimmten nur BD und WfB dafür. Einen Aktionstag im Stadtparlament wird es also nicht geben.

Einig war sich die Politik allerdings, dass die Bereitschaft zum regelmäßigen Blutspenden sowie die potenzielle Bereitschaft zur Stammzellen-Spende und zur Organ-Spende zusammen mit Partnern wie DRK, DKMS und DMO weiter durch den Magistrat unterstützt und gefördert werden müsse, wie unter anderem Jörn Hoffmann (SPD) betonte. (jg)

10.12. NORDSEE-ZEITUNG

Bildungspolitik
**BD fordert
Fachleute statt
„Rundem Tisch“**

Bremerhaven. Das Einlenken der Bremer Bildungssenatorin Sascha Aulepp (SPD) stößt auf Kritik der Fraktion Bündnis Deutschland (BD) in der Bremischen Bürgerschaft. Aulepp hat auf Anregung der Bildungsverbände und Interessengruppen die Einrichtung eines Runden Tisches angekündigt.

„Am Runden Tisch kann man Skat spielen, aber nicht die tiefgreifenden Bildungsprobleme unseres Bundeslandes lösen. Daher ist Aulepps Initiative lediglich eine Beruhigungsspielle des Senats an die Eltern schulpflichtiger Kinder sowie an die Lehrkräfte“, sagt Timke.

Die BD-Fraktion fordert hingegen die Einsetzung einer Enquete-Kommission. Externe Fachleute sollen das Bremer Bildungssystem ergebnisoffen auf den Prüfstand stellen, Schwächen analysieren und Verbesserungspotenziale herausarbeiten. (pm/mcw)

11.12. butenunbinnen „Bremen beschließt Bebauung des Remberti-Kreisels“

CDU stimmt für Bebauung, FDP und BD dagegen

Auch die CDU stimmte mit der rot-grün-roten Regierungskoalition. Der Christdemokrat Michael Jonitz bezeichnete die Fläche als spannendes Areal. Er warnte aber zugleich vor unrealistischen Erwartungen – manches werde sich am Ende nicht miteinander vereinbaren lassen. FDP und Bündnis Deutschland stimmten gegen den Antrag. Sie sind dafür, den Kreisel als Grünfläche zu erhalten.

Bis zur tatsächlichen Umsetzung der mit Mehrheit beschlossenen Pläne wird es noch Jahre dauern. Zunächst soll der Senat der Baudeputation in sechs Monaten einen Bericht vorlegen.

11.12. butenunbinnen „Debatte um das Kirchenasyl“

Das Bündnis Deutschland kritisierte die hohen Kirchenasylzahlen in Bremen und forderte einen Untersuchungsausschuss. Innensenator Mäurer selbst rief zu einer Versachlichung der Debatte auf und betonte das prinzipiell gute Verhältnis zu den Kirchen. Man sei im Gespräch, und er habe die Hoffnung, zu einem geordneten Verfahren zurückzukehren, so Mäurer.



11.12. WESER-KURIER

„Angriff auf Zukunft des Einzelhandels“

Wie die Bürgerschaft über die Erhöhung der Parkgebühren diskutiert hat

VON FELIX WENDLER

Bremen. Höhere Parkgebühren bedrohen aus Sicht der politischen Opposition die Zukunft der Bremer Innenstadt. Entsprechend haben sich Vertreter von Bündnis Deutschland (BD), CDU und FDP am Dienstag in der Stadtbürgerschaft geäußert. Das Parlament diskutierte im Rahmen einer Aktuellen Stunde, die BD beantragt hatte, vor allem mögliche Auswirkungen auf den Einzelhandel. Wie berichtet, steigen voraussichtlich im April die Parkgebühren in der Innenstadt von drei auf vier Euro pro Stunde. So argumentierten die Fachpolitiker in der Debatte:

Piet Leidreiter (BD): Die Erhöhung der Parkgebühren sei, ebenso wie der geplante Abriss des Parkhauses Mitte, ein „falscher Schritt“, sagte Leidreiter. Zukünftig kämen noch weniger Besucher aus Bremen und dem Umland in die Innenstadt, wodurch weniger Geld in Geschäften ausgegeben werde. Die Händler litten unter der Politik des Senats, so Leidreiter. Auf autofreie Innenstädte in Europa brauche man in dieser Debatte nicht zu verweisen, weil es dort bessere Park- und Ride-Angebote und einen besseren ÖPNV gebe. Leidreiter erinnerte daran, dass Bremen eine Autostadt sei. Seine Fraktion setze sich unter anderem für kostenloses einstün-

diges Parken in der Innenstadt ein.

Theresa Gröninger (CDU): Die Erhöhung sei nicht weniger als „ein direkter Angriff auf die Zukunft unserer Innenstädte und des lokalen Einzelhandels“, sagte die CDU-Wirtschaftsministerin. Geschäftsschließungen seien bereits die Realität, und die allgemeinen Preissteigerungen veranlassten Besucher dazu, Möglichkeiten zum Sparen zu suchen. Für Gröninger sind höhere Parkgebühren entsprechend ein weiterer Standortnachteil der Innenstadt. „Weserpark, Waterfront und Dodenhof sagen Danke“, betonte sie. Förderprogramme für die Innenstadt brächten nichts, wenn es sich nicht lohne, in die Stadt zu fahren. Die CDU werde nicht zusehen, „wie ideologische Experimente auf dem Rücken der Kaufleute“ ausgetragen werden.

von Hamburg und Berlin anzuheben, werde der unterschiedlichen Attraktivität und dem Publikumsverkehr nicht gerecht. Zudem sei es der falsche Weg, die Gebühren zu erhöhen und erst anschließend die Attraktivität der Innenstadt steigern zu wollen. Derzeit seien Einzelhändler darauf angewiesen, dass Menschen mit dem Auto in die Innenstadt kommen.

Tim Sültenfuß (Linke): Von einer „populistischen Debatte“ sprach der Linke-Verkehrspolitiker. Er rechnete einerseits vor, dass die Parkgebühren langfristig kaum gestiegen seien. Dass zum Beispiel der prozentuale Anstieg beim Stadtticket für den ÖPNV zuletzt größer ausgefallen sei, habe BD nicht interessiert, sagte Sültenfuß. Zudem verwies er auf die Bremer Parkhäuser, in denen die Gebühren nicht erhöht werden. Ein deutlich größeres Problem für die Einzelhändler seien die hohen Mieten in der Innenstadt. Er brachte daher einen Mietendeckel für Gewerbetrieben ins Spiel.

Michael Jonitz (CDU): Der Verkehrspolitiker warb für einen Antrag der CDU, der unter anderem ein Gutscheinsystem vorsieht. Wer in der Innenstadt einkauft, soll – je nach Betrag



12.12. butenunbinnen „Bürgerschaft beschließt Haushalt für 2025“

Die Bremische Bürgerschaft hat den Haushalt für das Land und die Stadt Bremen verabschiedet. Die CDU, FDP und Bündnis Deutschland stimmten dagegen.



Der Haushalt kommt zum ersten Mal seit Jahren ohne neue Schulden aus. Aus Sicht der Opposition ist das nicht Verdienst des rot-grün-roten Senats, sondern ein glücklicher Zufall. Ermöglicht worden sei dies durch überraschende Mehreinnahmen, weil Bremen nach dem aktuellen Zensus mehr Einwohner hat als bislang gedacht.

12.12. butenunbinnen „AfD wieder in Bürgerschaft“

Lichtenfeld hatte bei der Bürgerschaftswahl 2023 für "Bürger in Wut" in Bremerhaven kandidiert. Die Wählervereinigung, die als Bündnis Deutschland (BD) in der Bürgerschaft vertreten ist, hatte ihn nach der Wahl ausgeschlossen.



BiW-Politiker mit rechtsextremen Kontakten: Was bisher bekannt ist
mit Audio 

Zuvor war bekannt geworden, dass Lichtenfeld Hilfe aus dem rechtsextremen Milieu bekommen hatte. Dem BD-Fraktionsvorsitzenden Jan Timke zufolge hat Lichtenfeld diese Kontakte eingeräumt. Er habe "eine ihm bekannte rote Linie überschritten". Der Abgeordnete selbst streitet dies ab.

12.12. butenunbinnen - Regionalmagazin



12.12. NORDSEE-ZEITUNG
„Schulkonsens zerbricht“

Es sieht nicht gut aus für eine Verlängerung des Bremer Schulfriedens: Der muss 2028 erneut beschlossen werden. Doch in der Bildungsdebatte der Bürgerschaft am Mittwoch wurde deutlich, dass sich die Parteien jetzt schon nicht mehr einig sind.

Die Linken machten klar, dass sie nicht mehr dabei sein wollen. Sie wollen eine Schule für alle. Die Grünen wollen darüber nachdenken, ob sie den Konsens noch gut finden. Die FDP war ohnehin noch nie dabei. Bündnis Deutschland will zurück zum dreigliedrigen System mit Förderschulen. Die CDU will zwar mitmachen, aber nur, wenn die zweigliedrige Struktur aus Oberschulen und Gymnasien erhalten bleibt. Die SPD will

12.12. NORDSEE-ZEITUNG

SPD-Wahlwerbung in einer Kita löst Empörung aus

CDU-Arbeitnehmerflügel, Bündnis Deutschland und Grüne kritisieren Vorfall - Offenbar liegt aber ein Missverständnis vor

VON JENS GEHRKE

Bremerhaven. Der CDU-Arbeitnehmerflügel CDA, Bündnis Deutschland und die Grünen sind empört: Die SPD hat offenbar Wahlwerbung in einer Bremerhavener Kita verteilt. Eltern haben sich in den letzten Tagen beschwert. Nikolaustüten mit SPD-Logos und parteipolitischen Botschaften sollen verteilt worden sein.

„Die CDA Bremerhaven kritisiert diese Aktion scharf und fordert Konsequenzen“, sagt Gaby Treschok, Kreisvorsitzende der CDA. „Die Eltern sind zurecht empört und haben uns klar gemacht, dass sie solches Verhalten nicht akzeptieren. Kitas sollen Schutzräume für Kinder sein – keine Bühne für parteipolitische Werbung“, sagt sie.

Julia Tiedemann, Fraktionschefin von Bündnis Deutschland (BD), ruft die Neutralitätspflicht

solcher Einrichtungen in Erinnerung. Es sei von der SPD unanständig, „Kitas für Wahlwerbung zu missbrauchen“. Sie sei von Eltern informiert worden.

BD: Kitas nicht für Wahlwerbung missbrauchen

Die Sozialdemokraten versuchten offenbar, die Eltern emotional für die Bundestagswahl zu erreichen und für den Kandidaten Uwe Schmidt zu werben. „Das ist die unterste Schublade. Wahlkampf hat dort nichts zu suchen.“ Die Eltern hätten zumindest im Vorfeld gefragt werden müssen.

Grünen-Fraktionschef Claudius Kaminiarz erklärt, dass es offenbar in der Bremerhavener SPD Tradition habe, solche Grenzen zu überschreiten. Er erinnerte daran, wie vor einigen Jahren SPD-Schreiben in Umschlägen mit dem Magistrats-Logo an Elternvertreter von Schulen verteilt worden seien.



Parteienwerbung soll in Kitas nicht stattfinden. Foto: Kalaene/dpa

Die SPD-Bremerhaven weist die Vorwürfe zurück. Offenbar handelt es sich um ein Missverständnis. „Das ist absurd. Wir machen keinen Wahlkampf in Kitas“, betont Janina Strelow von der SPD.

Es handele sich nur um eine einzige Kita, die selbst aktiv die Nikolaus-Tüten angefragt habe. Darin hätten sich auch nur Dinge wie Schokolade, Nüsse, Buntstifte und ein Malheft befunden. Die Tüten gehörten zu einer Aktion,

die eigentlich nichts mit Kitas zu tun habe.

SPD: Die Vorwürfe sind absurd. Kita fragte selbst an.

Der Träger der Kita hat sich inzwischen bei der NORDSEE-ZEITUNG gemeldet und bestätigt, dass die SPD nicht aktiv auf die Einrichtung zugekommen sei. Vielmehr habe eine Erzieherin – ohne Absprache mit der Trägerleitung – mit den Nikolaus-Tüten den Kindern eine Freude machen wollen.

Wahlwerbung in Kitas sorgt bundesweit immer wieder für Schlagzeilen. Sie ist hoch umstritten. Zuletzt etwa, als die SPD in Mecklenburg-Vorpommern im Frühjahr Osterhasen in Kindergärten verteilte. Auch andere Parteien gerieten wegen solcher Aktionen in die Kritik. In Rheinland-Pfalz verteilte die CDU etwa in einem Ort in einer Kita Eis-Gutscheine..

12.12. WESER-KURIER

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Es bleibt dabei: Beim Thema Kirchenasyl kommen Innensenator Ulrich Mäurer und seine SPD mit den beiden kleineren Koalitionspartnern Linke und Grüne derzeit auf keinen gemeinsamen Nenner. Das ist am Mittwochvormittag in der Bürgerschaft überaus deutlich geworden. In einer emotionalen Debatte attackierte Linken-Fraktionschefin Sofia Leonidakis den Innensenator in beispielloser Weise. Die Aussprache musste zeitweilig unterbrochen werden, nachdem Kir-



FOTO: COSIMA HANEBECK

„Ein Bruch des Kirchenasyls ist für uns ein No-Go.“

Sofia Leonidakis, Linken-Fraktionschefin

chenasyl-Aktivisten auf der Besuchertribüne Transparente entrollt und ihrem Unmut über Mäurer lautstark Ausdruck verliehen hatten.

Die FDP hatte die Debatte im Rahmen einer Aktuellen Stunde beantragt. Ihr Innenpolitiker Marcel Schröder zog die Berechtigung des Kirchenasyls grundsätzlich in Zweifel. Anders als in der Antike, in die die Tradition des Kirchenasyls zurückreicht, gebe es heute einen funktionierenden Rechtsstaat. Wer sich als Asylbewerber gegen behördliche Entscheidungen zur Wehr setzen wolle, könne das vor Gerichten tun.

Ganz anders sahen das die Fraktionsvorsitzenden von Linken und Grünen, Sofia Leonidakis und Henrike Müller. Erstere schlug gegenüber dem Innensenator einen Ton an,

der für eine Koalitionspartnerin außergewöhnlich war. Ausdrücklich distanzierte sie sich von dem gescheiterten Versuch der Innenbehörde, einen jungen Somalier aus den Räumen der Neustädter Zionsgemeinde zu holen und ihn nach Finnland zu überstellen – also das Land, das nach europäischem Recht für seinen Asylantrag zuständig ist. Die Polizeiaktion sei „nicht im Namen der Linken geschehen“, unterstrich Leonidakis. „Ein Bruch des Kirchenasyls ist für uns ein No-Go“, so die Linken-Fraktionschefin, die hinzusetzte: „Ein solcher Dammbbruch passt in keiner Weise in eine rot-grün-rote Regierung.“ Leonidakis dankte ausdrücklich den Aktivisten, die vor einigen Tagen die Polizeiaktion in den Räumen der Kirchengemeinde vereitelt hatten. Sie hätten Mäurer „die Grenzen aufgezeigt“.

In der Wortwahl konzilianter, in der Sache aber ebenso deutlich stellte sich auch Henrike Müller gegen Mäurer, indem sie sagte: „Meine Fraktion lehnt Abschiebung aus Kirchenasyl ab.“ Dass Mäurers Behörde ohne vorherige Konsultationen in der Koalition von der Praxis abgewichen sei, Kirchenasyl nicht anzutasten, sei nicht in Ordnung. Sie erwarte vom Innensenator, dass es vorerst keine weiteren behördlichen Aktionen in kirchlichen Einrichtungen gebe.

Oppositionsführer Frank Imhoff (CDU) sah die Koalition angesichts des vehement und öffentlich ausgetragenen Streits „am Ende“. Den Linken warf er „Verlogenheit“ vor. Sie seien normalerweise die eifrigsten Kritiker der Kirchen. Wenn es aber um den Schutz von Asylbewerbern gehe, preise die Linke die Kirchen als leuchtendes Vorbild. Aus Sicht der CDU müsse Kirchenasyl eine absolute Ausnahme bleiben. In Bremen sei angesichts der stark gestiegenen Zahlen das Gegenteil der Fall.

Julia Tiedemann (Bündnis Deutschland)

sprach von einer „linksgrünen Erregungsspirale“, die sich gegen den Innensenator richte. Den Aktivisten, die sich den Polizisten in der Zionsgemeinde entgegengestellt hatten, gehe es nicht um das Einzelschicksal des Somaliers. Sie führten vielmehr einen „Kampf gegen das deutsche und europäische Asylrecht“, meinte die Bremerhavener Abgeordnete.

Für die SPD-Fraktion stellte sich ihr Innenpolitiker Kevin Lenkeit hinter den Innensenator. Wie Frank Imhoff richtete Lenkeit an die christlichen Gemeinden die Erwartung, Kirchenasyl auf seltene Einzelfälle zu beschränken. Solche humanitären Akte dürften nicht dazu führen, dass letztlich in großer Zahl Asylentscheidungen staatlicher Organe umgangen würden. Doch genau das geschehe gerade. Lenkeit sprach von einem „Massenphänomen“.

Kein Asyl in katholischer Kirche

Ulrich Mäurer beendete die Debatte mit versöhnlichen Tönen. Der Innensenator erinnerte daran, dass es in Bremen in der Vergangenheit oft gelungen sei, Asyl-Härtefälle geräuschlos zu regeln. Die Entwicklung sei zuletzt aber quantitativ aus dem Ruder gelaufen. Allein im laufenden Jahr sei in 32 Fällen die Abschiebung von Asylbewerbern gescheitert, weil ihnen Kirchenasyl gewährt worden sei. Diese Größenordnung sei nicht mehr zu vertreten. Bremen stehe für rund zehn Prozent aller Kirchenasylfälle in Deutschland. Mäurer: „Wir müssen runterkommen von diesen Zahlen.“ In diesem Sinne werde er kurzfristig das Gespräch mit der Bremischen Evangelischen Kirche suchen. In katholischen Gemeinden gibt es aktuell keine einschlägigen Fälle. Darauf wies am Mittwoch Propst Bernhard Stecker hin, der dem katholischen Gemeindeverband in Bremen vorsteht.

12.12. WESER-KURIER

Wohnungsbau soll bezahlbarer werden

Senatorin will Abstriche bei Vorschriften – Opposition wirft Rot-Grün-Rot Uneinigkeit vor

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Wie können in Bremen wieder mehr Wohnungen entstehen? In der rot-grün-roten Koalition gab es in dieser Frage zuletzt erkennbare Meinungsunterschiede. Während die SPD auf einen Abbau kosten-treibender Vorschriften setzt, warnten die Grünen davor, klimapolitische Vorgaben zu schleifen, die den CO₂-Ausstoß vermindern sollen.

Am Mittwoch nutzte die CDU in der Bürgerschaft die Gelegenheit, in einer Aktuellen Stunde auf die Differenzen im Regierungslager hinzuweisen. Ihr Vorwurf: Dem Senat fehle es an einem klaren Konzept zur Ankerbelung des Wohnungsbaus. SPD und Grüne gingen in der Debatte pfleglich miteinander um. Sprecher beider Fraktionen betonten das gemeinsame Ziel, die Zahl der Baugenehmigungen, die zuletzt wieder leicht anzog, weiter zu steigern.

Oguzhan Yazici (CDU):

„Man fragt sich, ob Sie überhaupt noch eine gemeinsame Arbeitsgrundlage haben“, warf der CDU-Baupolitiker den Koalitionsfraktionen vor. Zwar habe die SPD inzwischen erkannt, dass Bremen dringend eine effiziente

und ideologiefreie Baupolitik brauche. Eine gemeinsame Linie des Senats sei indes noch nicht zu erkennen. Yazici warf der Koalition zudem vor, Dividenden der überwiegend städtischen Wohnungsgesellschaft Gewoba abzuschöpfen, um mit dem Geld Haushaltslöcher zu stopfen.

Fynn Voigt (FDP):

Ähnlich argumentierte der FDP-Fachpolitiker Fynn Voigt. Inmitten einer lang anhaltenden Krise am Bau gebe es innerhalb der rot-grün-roten Koalition keine Verständigung über Impulse für die Branche. Voigt be-



Neubauten sind derzeit kaum noch erschwinglich. FOTO: ROLF VENNERBERND/DPA

zog sich auf ein Arbeitspapier für die „Senatskommission Wohnungsbau“, in der einige Vorschläge zur Entschlackung des Baurechts aufgelistet sind. Sie gelten innerhalb der Koalition als strittig.

Julia Tiedemann (Bündnis Deutschland):

„Hören Sie mit Ihrer ideologischen Baupolitik auf“, appellierte die BD-Bausprecherin an die Grünen. In Bremen und Bremerhaven werde mehr und vor allem bezahlbarer Wohnraum benötigt. „Wir müssen eine positive Baudynamik erzeugen“, forderte Tiedemann.

Falk Wagner (SPD):

Der SPD-Baupolitiker sprach sich für maßvolle Abstriche an einigen bisher geltenden Bauvorschriften aus, zum Beispiel beim Schallschutz. „Wenn wir wollen, dass am Brill wieder gewohnt wird, dürfen wir dort nicht die Lärmgrenzen von Borgfeld einfordern“, bemühte sich Wagner um ein plastisches Beispiel. Neben verstärkter Neubautätigkeit sei weiterhin ein soziales Mietrecht erforderlich.

Bithja Menzel (Grüne):

Aus Sicht der Grünen-Fachsprecherin haben

sich hohe klimapolitische Standards als „Innovationstreiber“ erwiesen, zuletzt etwa in der Überseestadt und im Tabakquartier. Es sei ein Irrglaube, man müsse solche Vorgaben nur streichen, und schon werde wieder mehr gebaut.

Sofia Leonidakis (Linke):

Bezahlbares Wohnen bezeichnete die Linken-Fraktionschefin als „soziale Kernfrage dieser Zeit“. Die Linken seien bereit, sich von manchen „lieb gewonnenen, aber nicht mehr zeitgemäßen“ Bremer Besonderheiten zu trennen. Wenn derzeit etwa beim Schallschutz in Neubauten fünf Dezibel weniger gefordert würden als auf Bundesebene, sei eine solche Vorschrift verzichtbar.

Bausenatorin Özlem Ünsal

Die SPD-Politikerin sieht die Krise am Bau als noch lange nicht bewältigt an. „Die Branche braucht Zuversicht, und die entsteht nicht von allein“, sagte die Bausenatorin. Es gelte deshalb, die Baukosten pro Quadratmeter Wohnfläche zu senken und neue Projekte somit bezahlbarer zu machen – auch durch niedrigere Standards. Die anstehende zweite Novelle der Landesbauordnung eröffne entsprechende Möglichkeiten.

12.12. WESER-KURIER

Wie bewertet die Opposition den aktuellen Umsetzungsstand?

Kurz gesagt: als unbefriedigend. CDU-Bildungsexpertin Yvonne Averwieser kritisierte, die Koalitionsparteien hätten die Mehrheit, die gemeinsamen Vereinbarungen des Schulfriedens umzusetzen, „aber sie schaffen es nicht“. Dass mehr finanzielle Mittel nötig sind, stellt Averwieser nicht in Abrede. „Aber ganz sicher kein Sondervermögen.“ Fynn Voigt (FDP) forderte neben mehr Geld eine höhere Priorität für Bildung.

Holger Fricke vom Bündnis Deutschland (BD) geißelte die „komplett misslungene Inklusion“ und sprach für eine Rückkehr zum Drei-Säulen-System aus Förderschule, Oberschule und Gymnasium aus.

12.12. WESER-KURIER

Standort alternativlos?

Diskussion über Bahnwerkstatt

VON FELIX WENDLER

Bremen. Der Standort für die geplante Bahnwerkstatt in Oslebshausen ist nicht ideal, aber alternativlos – so sehen es Vertreter der rot-grün-roten Regierungskoalition. Am Mittwoch hat die Bürgerschaft über das Thema diskutiert. Anlass war eine FDP-Anfrage, die Auswirkungen auf das Schienennetz hinterfragt. Wie berichtet, befürchten Kritiker durch zukünftige Werkstattfahrten eine zusätzliche Belastung des Bremer Bahnknotens und einen Engpass auf der einspurigen Strecke (1422) Richtung Häfen und Stahlwerk.

FDP-Verkehrspolitiker Fynn Voigt äußerte ebenso wie Michael Jonitz (CDU) Zweifel an den Testdaten der DB, die belegen sollen, dass keine übermäßige Belastung der Schiene drohe. Die Angaben des Senats, dass auf der Strecke 1422 auch nach Inbetriebnahme der Bahnwerkstatt genügend Slots für den Güterverkehr zur Verfügung stünden, beurteilte Jonitz kritisch. Es kommt nicht nur auf die Zahl der Fahrten an, sondern zum Beispiel auch auf die Verfügbar-

keit zu bestimmten Zeiten. Julia Tiedemann (BD) nannte die Berechnungen „undurchsichtig“. Für Jonitz gefährden die aktuellen Pläne „die Zukunft der Hafenwirtschaft und des Logistikstandortes Bremen“.

13.12. WESER-KURIER

Runder Tisch zur Bildung im Januar

Bovenschulte soll dabei sein

VON FRANK HETHEY

Bremen. Unter den Fraktionen der Bürgerschaft stößt der von Bildungssenatorin Sascha Aulepp (SPD) angekündigte Runde Tisch zur Bildung an Bremer Schulen auf ein geteiltes Echo. Solange Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) daran nicht teilnehmen wolle, handele es sich um ein „scheinheiliges und medienwirksames Ansinnen“, sagte CDU-Bildungspolitikerin Yvonne Awerwaser. Aus taktischen Erwägungen mache sich Bovenschulte einen schlanken Fuß. Prinzipiell begrüßte Miriam Strunge (Linke) den Runden Tisch, forderte aber ebenfalls die Teilnahme von Bürgermeister und Finanzsenator.

Wie berichtet, haben mehrere Bildungsverbände und Gewerkschaften auf Initiative der Schulleitungsvereinigung einen Runden Tisch zur Lösung akuter Schulprobleme gefordert. Bovenschulte müsse das Thema zur Chefsache machen und die mit Bildungsfragen betrauten Ressorts einbinden, sagte Achim Kaschub, Vorsitzender der Schulleitungsvereinigung. Aulepp gab sich gesprächsbereit und kündigte eine Einladung noch in diesem Jahr an. Wie die Senatorin am Mittwoch mitteilte, soll die erste Sitzung im Haus der Bürgerschaft stattfinden. Laut Ressortsprecherin Patricia Brandt ist mit einem Termin im Januar zu rechnen.

Wenig Ertrag erwartet Holger Fricke (Bündnis Deutschland) vom Runden Tisch. Er werde „uns wahrscheinlich nicht sehr viel weiterbringen“, sagte er. Stattdessen regte Fricke an, eine unabhängige Enquete-Kommission einzusetzen. Dagegen erklärte Aulepp, der gemeinsame Austausch sei richtig und wichtig. Kaschub schwebt ein Alle-Mann-Manöver unter Einschluss der bildungspolitischen Fraktionssprecher vor.

Ähnlich äußerte sich jetzt auch Philine Schubert von der Bremer Gruppe der bundesweiten Bewegung „Bildungswende Jetzt“. „Ein Runder Tisch Bildung ist nur dann sinnvoll, wenn Bürgermeister und Finanzsenator mit am Tisch sitzen“, sagte Schubert. Verärgert reagierte sie auf Bovenschultes Hinweis, es werde in Bremen mehr

17.12. WESER-KURIER

KATHARINENSTRASSE

BD hat Zweifel an Fahrradparkhaus

Bremen. Die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis Deutschland (BD) sieht das geplante Fahrradparkhaus in einer teils leer stehenden Immobilie an der Katharinenstraße 12 bis 14 kritisch. Wie berichtet, plant die Stadt einen Kauf des Erd- und Kellergeschosses in der Altstadt. Gut 330 Fahrradstellplätze sollen im Parterre eingerichtet werden. Es besteht gegenwärtig aus drei Teilflächen, von denen eine noch mit einer Gaststätte belegt ist. Geplant ist eine Aufteilung in kostenlose Kurzzeitparkplätze und einen überwachten Abo-Parkbereich. Dass in der Innenstadt mehr Abstellmöglichkeiten für Räder geschaffen werden, ist aus Sicht der BD-Abgeordneten Julia Tiedemann grundsätzlich in Ordnung. Große Bedenken hat sie jedoch, was den Ankauf der Flächen betrifft. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis stehe infrage. Eine „Millionenausgabe mit ungewissen Instandsetzungskosten der Immobilie für Fahrradparkflächen“ hält Tiedemann für „unverantwortlich“. Schon bei der Erdgeschossfläche gebe es Sanierungsbedarf. Für das Kellergeschoss sei überhaupt keine sinnvolle Verwendung erkennbar. „Nichts spricht gegen die Bereitstellung von Fahrradparkplätzen, doch dieser Kauf wird erneut ein Fass ohne Boden“, befürchtet Julia Tiedemann.

THE

19.12. WESER-KURIER

Aulepp beschwichtigt Grundschulrektoren

Überlastungsanzeige schlägt Wellen

VON FRANK HETHEY

Bremen. Mit einem beschwichtigenden Brief an alle Grundschulen hat Bildungssenatorin Sascha Aulepp (SPD) auf die Kritik der Grundschulleitungen reagiert. Wie berichtet, haben sämtliche Schulleitungen der 84 Bremer Grundschulen eine Überlastungsanzeige gestellt und ihre Beweggründe in einem mehr als zweiseitigen Schreiben dargelegt. In ihrer am Mittwoch per Mail verschickten Antwort versichert Aulepp, sie werde an der „notwendigen und sozial gebotenen Absenkung der Klassenfrequenzen entsprechend der sozialen Lage der Schulen“ festhalten. Das Gleiche gelte für die besonderen Förderbedarfe der Kinder. „Ebenso kommt eine Deputatserhöhung nicht infrage.“

Aulepp sichert zu, gleich zu Beginn des neuen Jahres mit den Betroffenen über Möglichkeiten der Entlastung und Unterstützung zu sprechen. Allerdings will die Senatorin keine Versprechungen machen. Denn: „Unsere Möglichkeiten dabei sind begrenzt, und die Herausforderungen bleiben hoch.“ Innerhalb weniger Jahre sei die Zahl der Kinder um mehr als 20 Prozent gestiegen. „Einen solchen Zuwachs hat es bislang noch nicht gegeben.“ Als besondere Schwierigkeit kommt laut Aulepp hinzu, dass Grundschulkinder innerstädtisch nicht so leicht verteilt werden könnten.

Wie Ressortsprecherin Patricia Brandt mitteilt, findet die von den Grundschulleitungen erwähnte regionale Austauschrunde immer gegen Jahresende im Bildungsressort statt. Dabei seien keine Überlegungen zur Erhöhung der Klassenfrequenzen und der Lehrerarbeitszeit formuliert worden. Entsprechende Befürchtungen sind aus ihrer Sicht ein Spiegelbild der allgemeinen Stimmungslage. „Das ist aber keine Empfehlungsgrundlage in unserem Haus“, sagt Brandt.

Unterdessen spricht die FDP von einem „neuen Tiefpunkt der Bildungspolitik unter rot-grün-roter Führung“. Der bildungspolitische Sprecher Fynn Voigt fordert ein radikales Umdenken im Bildungsbereich. Einen „radikalen Kurswechsel“ fordert auch das Bündnis Deutschland (BD). Sein bildungspolitischer Sprecher Holger Fricke plädiert „einmal mehr“ für die Wiedereinführung von Förderschulen.

20.12. NORDSEE-ZEITUNG

Kritik an Erhöhung der Hafengebühren

FDP und Bündnis Deutschland stellen sich gegen Entscheidung des Bremer Senats

Bremerhaven. Der Bremer Senat plant zum 1. Januar 2025 eine Erhöhung der Hafengebühren um bis zu neun Prozent – ein Schritt, dessen Umfang und Zeitpunkt nun auf scharfe Kritik seitens der hafenspolitischen Sprecher von FDP und von Bündnis Deutschland stößt.

Gökhan Akkamis, hafenspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion Bremen, warnt: „Die bremischen Häfen sind das Herz unserer Wirtschaft. Eine pauschale Erhöhung der Gebühren um neun Prozent ist jetzt das falsche Signal.“ Sie gefährde Ar-

beitsplätze in der maritimen Wirtschaft. Er fordert stattdessen Investitionen in Infrastruktur und Innovationen, um die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen zu stärken.

Auch Sven Schellenberg, hafenspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis Deutschland, warnt: „Eine Gebührenerhöhung von neun Prozent ist völlig kontraproduktiv.“ Die Konkurrenz zu Hamburg und Antwerpen werde verschärft, und „wir müssen davon ausgehen, dass Reeder ihre Schiffe verstärkt nach Hamburg umleiten.“ Be-

„Höhere Hafengebühren für die Reedereien sind eindeutig der falsche Weg.“

**Sven Schellenberg,
hafenspolitischer Sprecher
der Fraktion Bündnis Deutschland**

sonders der schlechte bauliche Zustand des Hafens in Bremerhaven mache die Gebührenerhöhung schwer nachvollziehbar.

Beide Sprecher betonen die Bedeutung der Häfen für die regionale Wirtschaft. Akkamis fordert „weniger Bürokratie und Abgaben“ sowie „mehr Mut zur Wirtschaftswende“. Die angekündigte Gebührenpolitik mache „Bremerhaven für den maritimen Handel nur teurer und unattraktiver“.

Schellenberg sieht ein Versäumnis, die Infrastruktur zu modernisieren und die Attraktivität der Häfen zu steigern: „Höhere Hafengebühren für die Reedereien sind eindeutig der falsche Weg.“ (pm/mcw)

27.12. WESER-KURIER

Die Linke hat bereits ihre frühere MdB Doris Achelwilm als Direktkandidatin nominiert sowie den bisherigen Bürgerschaftsabgeordneten Dariush Hassanpour. Das von der Linken abgespaltene Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) stellt in Bremen Christopher Schulze und Ute Boomgarden an die Spitze der Kandidaten. Die AfD schickt ihren Landesvorsitzenden Sergej Minich ins Rennen. Auch Bündnis Deutschland wird zur Bundestagswahl antreten: „Wir nominieren am 11. Januar 2025 und wählen die Landesliste“, teilt Jan Timke mit, Chef der Bürgerschaftsfraktion. Der Landesverband der jungen pro-europäischen Partei Volt, die bei der Europawahl in Bremen mit 4,7 Prozent einen Achtungserfolg erzielte, kürte ebenfalls ein Spitzenduo: Christin Grützner-Stallmann und Simon Graf führen die Liste an.

Pressekontakt

Christopher Albrecht
Pressesprecher BD-Fraktion

Tel.: (0421) 33 65 11 44

Mobil.: (0173) 26 42 94 7

Mail: pressesprecher@bd-fraktion-bremen.de

